

AUF EIN WORT

Liebe Leserinnen und Leser,

wir lesen Zeitungen, auf Papier oder digital, lassen uns von Radio und Fernsehen in die weite Welt entführen und uns von genehmen Social Media-Kanälen mit neuesten Informationen versorgen.

Welche Nachrichtenqualität wird uns auf den verschiedenen Wegen geboten?

Wer sorgt dafür, dass wir erfahren, was wir erfahren?

Im Leitartikel geht es um die aktuelle Medienkultur schlechthin. Wird das, was uns vorgetragen wird, nachvollziehbar begründet? Was, zum Geier, sollen wir lesen – glauben – denken? Der andere ausführliche Artikel beschäftigt sich mit den finanziellen Hintergründen (vielleicht besser: Abgründen) der Meinungssteuerung. Viel tiefer taucht hier Norbert Häring mit seinem neuen Buch „Der Wahrheitskomplex“ ein. Und wie steht es mit den sogenannten großen alten Medien? Wer bestimmt hier Inhalte?

Was also lesen, hören, schauen?

Beginnen Sie einfach mit diesem LESEZEICHEN und starten Sie mit neuem Elan, um selbstbestimmt verlässliche Informationen zu bekommen.

Wir wünschen viel Spaß!



Peggy Galić



und Andi Kahnt

Redaktion LESEZEICHEN
Lesezeichen@dieBasis-Bayern.de



Abb: Luis Estrada/Pixabay

Liebe Leser,
bitte geben Sie diese Zeitung
nach Ihrer Lektüre gerne an
andere weiter.
Herzlichen Dank!



Foto: DieEchlin/Pixabay

Bürgerjournalismus: Der Funke von damals und die Aufgabe von heute

VON CHRIS BARTH

In der Nacht vom 27. auf den 28. April 1945, als Bayern noch unter der Herrschaft eines zusammenbrechenden, aber immer noch mordenden Regimes stand, meldete sich über den Rundfunk eine Stimme: „Achtung, Achtung! Hier spricht die Freiheitsaktion Bayern!“

Rupprecht Gerngroß und seine Mitstreiter wollten in letzter Minute weiteres Blutvergießen verhindern. Sie riefen dazu auf, NS-Funktionäre zu entmachten, weiße Fahnen zu hissen und Orte kampfflos zu übergeben. Es war kein bequemer Protest. Es war kein symbolisches „Zeichen setzen“ aus sicherer Entfernung. Es war ein lebensgefährlicher Akt staatsbürgerlicher Verantwortung.

Nicht jeder, der damals handelte, überlebte. In Penzberg, Altötting und anderswo bezahlten mutige Frauen und Männer ihren Versuch, sinnlose Zerstörung zu verhindern, mit dem Leben. Doch ihr Beispiel bleibt: Freiheit und Frieden leben davon, dass Bürger im entscheidenden Moment handeln.

Heute leben wir nicht im April 1945. Wir riskieren nicht dasselbe – noch nicht! Die Frage ist: Was tun Bürger, wenn sie merken, dass Sprache, Medien und Politik wieder in Richtung Eskalation kippen?

Ein erschreckendes Beispiel lieferte der FAZ-Journalist Michael Martens. Auf einer Pressekonferenz mit dem

ukrainischen Präsidentendarsteller Selenskyj fragte er sinngemäß, was „wir Europäer“ tun könnten, damit die Ukraine „mehr Russen“, später präzisiert: „mehr russische Soldaten“, töten könne.

Man muss diesen Satz langsam lesen, von dem außer die „Berliner Zeitung“ und „Die Welt“ kaum einer aus den sogenannten „Leitmedien“ berichten wollte.

Nicht: Was können wir tun, damit dieser Krieg endet?

Nicht: Was können wir tun, damit weniger Menschen sterben?

Nicht: Was können wir tun, damit Verhandlungen beginnen?

Sondern: Wie helfen wir beim Töten?

Diese Frage sagt viel über den Zustand unserer Medien. Nicht, weil ein einzelner Journalist allein das Problem wäre. Sondern weil ein solcher Satz überhaupt denkbar, sagbar und anschließend erklärbar wird. Hier zeigt sich eine Medienkultur, in der Krieg wie eine technische Verwaltungsfrage behandelt wird: mehr Waffen, mehr Druck, mehr Verluste, mehr „Wirksamkeit“. Der Mensch verschwindet hinter Begriffen.

Doch ein russischer Soldat ist ein Mensch. Ein ukrainischer Soldat ist ein Mensch. Jeder Tote hat eine Mutter, eine Geschichte, ein Gesicht. Wer diese Wahrheit ausblendet, hat den

inneren Abstand zur Kriegslogik verloren.

Genau hier beginnt die Aufgabe unabhängiger Bürgerzeitungen.

Bürgerjournalismus ist eine demokratische Notwendigkeit. Denn Meinungs- und Pressefreiheit bleiben nur erhalten, wenn Bürger sie täglich nutzen. Wenn sie schreiben, widersprechen, verteilen, recherchieren, veröffentlichen, nachfragen und immer wieder für Aufmerksamkeit sorgen.

Demokratie sollte alltäglich sein. Wer seine Grundrechte nur alle paar Jahre in der Wahlkabine ausübt, überlässt die Zeit dazwischen jenen, die Deutungshoheit, Begriffe und politische Wirklichkeit formen. Freiheit lebt zwischen den Wahlen: am Infostand, im Leserbrief, im Verein, auf der Straße, am Küchentisch, im Gespräch mit dem Nachbarn – und ja, auch in einer Bürgerzeitung im Briefkasten.

Eine gedruckte Zeitung hat dabei eine besondere Kraft. Sie überstrahlt den digitalen Strom. Sie liegt da. Auf dem Tisch. Im Hausflur. Neben der Kaffeemaschine. Vielleicht wird sie erst skeptisch angesehen. Vielleicht wird sie sogar verärgert gelesen. Aber sie wird gelesen. Und manchmal beginnt genau dort etwas: ein Gedanke, ein Zweifel, ein Gespräch.

Gerade deshalb sind Projekte wie LESEZEICHEN und KLARTEXT Bayern so wichtig. Sie durchbrechen Filterblasen. Sie erreichen Menschen, die nie auf unsere Kanäle klicken würden. Sie zeigen: Es gibt Bürger, die eine Perspektive anbieten.

Der Funke der Freiheitsaktion Bayern war damals ein Ruf in die dunkle Nacht hinaus. Heute kann der Funke eine Zeitung sein, ein Artikel, ein Gespräch, ein Widerspruch, ein mutiger Kommentar. Nicht jeder muss Herausgeber werden. Nicht jeder muss schreiben. Aber jeder kann etwas beitragen.

Wer Frieden, Freiheit, direkte Demokratie und wahrhaftige Medien will, darf und soll mitgestalten. Darum unser herzlicher Aufruf: Unterstützen Sie unabhängige Bürgerzeitungen. Schreiben Sie. Verteilen Sie. Spenden Sie. Bringen Sie Themen ein. Werden Sie Teil einer Öffentlichkeit von unten.

Für LESEZEICHEN.

Für KLARTEXT Bayern.

Für eine Gesellschaft, in der Bürger sich gegenseitig selbst informieren.

Steter Tropfen höhlt den Stein. Und manchmal beginnt Veränderung mit einer Zeitung in den Händen Ihrer Nachbarn.

Chris Barth ist Herausgeber von KLARTEXT Rhein-Main und KLARTEXT Bayern.
Kontakt: bayern@klartext.info



Staat mit Milieumedien

VON MICHAEL MEYEN

Ein Beben erschüttert den deutschen Journalismus. Die Printauflagen fallen ins Bodenlose, die Online-Reichweite stagniert, und der TV-Zuschauer wechselt zum Stream. Nur drei Beispiele: Die FAZ hat im zweiten Quartal 2026 unter der Woche nur noch 162.000 Exemplare verkauft (davon 70.000 digital und knapp 10.000 als Freistück oder im Flugzeug). Vor einem Vierteljahrhundert lag dieser Wert stabil um 400.000. Die Süddeutsche Zeitung hat im gleichen Zeitraum 160.000 Abonnenten verloren (jetzt noch 174.000). Und die Bild-Zeitung, vor 9/11 noch deutlich über vier Millionen Mal gekauft, liegt inzwischen unter einer Million.

Wer den Zahlen nicht traut (und es gibt allen Grund dazu, weil davon die Anzeigenpreise abhängen und folglich geschummelt wird), der höre den Lobbyisten zu, die laut nach einem Staat rufen, der sich eigentlich raushalten soll aus den Redaktionen und nun doch gebeten wird, die Mehrwertsteuer zu senken, die Zusteller zu bezahlen oder sonst wie zu helfen, unter der Überschrift Public Value zum Beispiel. Unsere Demokratie und so weiter – von den Jungen längst beim Schopf gepackt, um die alten Ideale Objektivität, Neutralität und Unabhängigkeit abzuräumen und für einen Haltungsjournalismus zu werben. Wann, wenn nicht jetzt, wer, wenn nicht wir.

Für mich als Medienforscher heißt das: Wir brauchen neue Begriffe. Leitmedien oder Mainstream hier, Alternativmedien, freie Medien, neue Medien, Gegenöffentlichkeit dort. Richtig zufrieden war ich mit alldem nie. „Staatsmedien“ trifft es zwar auch nicht ganz, weil westliche Staaten in aller Regel auf Medienbesitz verzichten, um sich von Russland, Uganda oder auch der DDR abgrenzen und behaupten zu können, nichts mit der Medienrealität zu tun zu haben. Dieser Schleier kann jetzt fallen, weil eine kritische Masse

ohnehin nicht mehr an die Mär von der vierten Gewalt glaubt.

Staats- und Milieumedien: Die einen geben Themen, Sprachregeln und Moral vor – das, was ich kennen und oft auch öffentlich vertreten muss, wenn ich mich jenseits von Freunden, Familie, Blase nicht isolieren will. Die anderen helfen mir, mit dem Anpassungsdruck klarzukommen. Konkret: Tageschau, Süddeutsche Zeitung und Lokalblatt sagen uns, was die anderen wissen und für so real halten, dass sie Verhalten und Entscheidungen daran ausrichten. In den Maskenmonaten hat das jeder Nutzer von Rubikon, KenFM oder Multipolar spätestens dann bemerkt, wenn er oben ohne in den Supermarkt ging. Seine Portale wiederum haben ihn gerettet, wenn er nach Hause kam. Ich bin nicht allein und auch nicht verrückt. Milieumedien bringen Gleichgesinnte zusammen und sorgen so für Zugehörigkeit, für Stabilität, für Identität.

Noch einmal anders: Nur bei den Staatsmedien können und müssen wir unterstellen, dass alle registriert haben, was dort gemeldet wurde. Staatsmedien füllen das, was Niklas Luhmann „Gedächtnis der Gesellschaft“ genannt hat – den Schatz an Gemeinsamkeiten, auf den wir selbst dann zurückgreifen können, wenn wir unser Gegenüber noch nie gesehen haben. Bei Apolut, Tichys Einblick, Kontrafunk funktioniert das nicht. Milieumedien bleiben zunächst im Milieu. Ich kann und darf nicht davon ausgehen, dass meine Nachbarn diesen Text lesen. Selbst wenn sie es tun, werden sie es vielleicht sogar abstreiten, weil ihnen die Staatsmedien sagen, was von der Partei dieBasis zu halten ist. Lies das nicht. Rede zumindest nicht darüber, wenn dir an deinem Gegenüber etwas liegt. Diese Definitionsmacht der Staatsmedien ist verlockend für alle, die etwas zu verlieren haben und über die Ressourcen verfügen, die man zur Verteidigung braucht – Ministerien, Partei-

en, andere Apparate, Konzerne, die Ultrareichen und ihre Stiftungen.

Über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk muss ich hier nicht viel sagen. Die Tarnung wird über kurz oder lang fallen. Bei Verlagen und Digitalkonzernen ist die Lage etwas komplizierter. Milliardäre, fast durch die Bank, die wissen, dass sie jederzeit auf den Staat zählen können.

Die Übergänge zwischen Staats- und Milieumedien sind fließend und nicht immer leicht zu sehen. T-Online? Ein Staatsmedium, klar, wenn man Staat und Konzerne mit Sheldon Wolin als Einheit denkt. T-Online gehört Ströer, einem Werbegiganten, der vor allem von öffentlichen Aufträgen lebt und einen Teufel tun wird, die Hand zu beißen, die ihn füttert. Also Feuer frei auf alles, was Regierungen, Behörden, Politiker kritisiert. Die taz, das ND und Katapult? Die Konzernparteien-Koalition nimmt es dankbar mit, wenn ein Milieumedium für sie Werbung macht, und fördert das im Zweifel auch. Apollo? Schauen Sie ein-

fach, was dort zu Israel gesagt wird, zu den USA, zum Iran. Und Nius? Finanziert von einem Milliardär (Frank Gotthard), der sein Vermögen auch politischer Protektion verdankt.

Was folgt aus alldem für Milieumedien, die sich nicht mit dem Staat einlassen wollen? Punkt eins: Milieumedien existieren nur so lange, wie der Digitalkonzernstaat das will. Das Beispiel KenFM lehrt, dass die Toleranz mit der Größe schwindet. Punkt zwei: Das Milieu markiert die Grenzen der journalistischen Freiheit. Wenn die These stimmt, dass es hier um Zugehörigkeit, Stabilität und Identität geht, dann kann keine Redaktion die Wünsche des Milieus ignorieren, in dem sie wurzelt. Das heißt: Sie kann das schon, wird damit aber untergehen. Punkt drei: Das Gedächtnis der Gesellschaft bleibt für Milieumedien verschlossen, wenn sie nicht kooperieren. Staatsmedien werden ein Thema nur dann aufgreifen, wenn es eine Wucht entfaltet, die die vielen kleinen Blasen sprengt.



„Der Wahrheitskomplex“

Norbert Häring arbeitete als Wirtschaftsjournalist viele Jahre u. a. beim Handelsblatt und hat bereits mehrere Bücher verfasst. Sein neuer erschienen Buch „Der Wahrheitskomplex“ analysiert ein staatlich finanziertes Netzwerk aus NGOs, Geheimdiensten und Plattformen, das Kritik an Regierungen und NATO als Desinformation oder Hass bekämpft. Die zentrale These lautet, dass der Staat Aufgaben der Meinungskontrolle an scheinbar private und unabhängige Organisationen auslagert, um verfassungswidrige Zensur auszuüben.

Die Rezeption ist stark gespalten: Während alternative Medien das Werk als Aufklärung und Leitfaden gegen einen Überwachungsstaat loben, kritisieren Mainstreammedien (z. B. *Fundraiser-Magazin*) die Arbeit als einseitige Sammlung von Anschuldigungen ohne fundierte wissenschaftliche Gegenargumente.

Zustimmung: Rezensenten betonen die dichte Recherche und die Entlarvung von Verflechtungen zwischen EU, NATO und „Faktencheckern“.

Kritik: Gegner sehen darin eine Verschwörungserzählung, die demokratische Regulierungsversuche pauschal delegitimiert und akademische Standards missachtet.

Fazit: Das Buch ist ein strittiges, aber einflussreiches Dokument der aktuellen Debatte um Meinungsfreiheit, Zensur und die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure im digitalen Zeitalter.

Andi Kahnt auf Basis einer KI Recherche (Zustimmung, Kritik und Fazit stammt originär von einer KI). Eine lesenswerte längere Rezension finden Sie beispielsweise auf:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=149816>



Norbert Häring:
Der Wahrheitskomplex
Westend Verlag
304 Seiten, 25 Euro
ISBN 978-3-9879135-2-5



WAS ZUM GEIER ...!?

VON MICHAEL FREYERMUTH

UNGLAUBLICH

... wie leicht man dich lenkt,
ohne ein einziges falsches Wort.

Viele Nachrichten stimmen.
Satz für Satz.
Und trotzdem ergeben sie ein
falsches Bild.

Die Werkzeuge sind meist Aus-
wahl und Platzierung:

Was steht auf Seite eins?
Was rutscht auf Seite neun?
Was fehlt ganz?

Manchmal aber ist es doch die
Lüge:

1989, Timisoara:
Bilder von Massengräbern gehen
um die Welt.
Die Leichen stammten vom
Armenfriedhof.

1990, Washington:
Ein weinendes Mädchen berichtet
von Babys, die aus Brutkästen ge-
rissen wurden.
Sie war die Tochter des kuwaiti-
schen Botschafters, vorbereitet
von einer PR-Agentur.

2003, New York:
Ein Außenminister zeigt dem
Sicherheitsrat Beweise für Massen-
vernichtungswaffen.
Gefunden wurde nie eine.

2018, Hamburg:
Ein preisgekrönter Reporter eines
großen Magazins hat seine Repor-
tagen jahrelang erfunden.

Journalisten haben hinterfragt –
und alle diese Fälle aufgedeckt.

Was zum Geier ... ?!

Wer niemandem glaubt, macht
sich allein.

Wer sagt das?
Woher weiß der das?
Was steht in der Quelle wirklich?
Und was steht dort nicht?

Vier Fragen. Zwei Minuten.

Bürger, wach auf!
Prüfe – sei aufmerksam.

DIE GEFÄHRLICHSTE LÜGE
IST DIE,
DIE NIE
AUSGESPROCHEN WURDE.



Foto: Micha/Pixabay

Staatlich dirigierte
Meinungssteuerung

VON OLIVER GINSBERG

Der Unmut über die öffentlich-recht-
lichen Medien ist groß – und das zu
Recht, denn die Berichterstattung ist
weder umfassend noch ausgewogen.
Sie bedient überwiegend die allgemein
verordnete Staatsräson. Weniger dis-
kutiert, aber genauso bedeutsam ist,
wie die sogenannten sozialen Medien
als potenziell oppositionelle Meinungs-
kanäle immer stärker ins Visier der
Meinungsdesigner geraten. Eine zent-
rale Rolle spielt dabei der EU Digital
Services Act (DSA).

Das System staatlich finanzierter
Meinungssteuerung

Viel zu wenig bekannt ist, dass Bundes-
regierung und EU-Institutionen ein
weitverzweigtes, mit Steuergeldern
finanziertes Netzwerk aus Nichtregie-
rungsorganisationen (NGOs), Stiftun-
gen, Faktencheck-Portalen und For-
schungseinrichtungen geschaffen ha-
ben, um „unerwünschte Meinungen“
systematisch zu bekämpfen. Dieses
Geflecht tritt offiziell als zivilgesell-
schaftlich und unabhängig auf, agiert
tatsächlich aber im direkten staatlichen
Auftrag.

Das Ganze funktioniert über ein
System „vertrauenswürdiger“ Hinweis-
geber, die von staatlichen Organen als
„Trusted Flagger“ akkreditiert werden.
So erhalten sie direkt Zugang zu den
großen Internetplattformen und kön-
nen millionenfach auf Inhalte Einfluss
nehmen, ohne dass ein Gericht oder
eine unabhängige Instanz eingeschalt-
et wird.

Der Digital Services Act als
Rechtsgrundlage

Die EU-Plattformregulierung (Digital
Services Act) stellt dafür die zentrale
Rechtsgrundlage dar. Sie zementiert
die informellen Zensurstrukturen recht-
lich und erhebt sie zur Pflicht für die
Plattformen. Das Gesetz schreibt nicht

nur das Meldesystem vor, sondern de-
finiert die Privilegierung der o. g. „ver-
trauenswürdigen Hinweisgeber“.

Was als Kampf gegen Hassrede und
Desinformation verkauft wird, ent-
puppt sich als ein in Gesetzesform ge-
gossener Ermächtigungsrahmen, um
oppositionelle oder regierungskritische
Meinungen europaweit zu unterdrü-
cken, ohne dass die Urheberschaft und
Verantwortung des Staates erkennbar
ist.

Dieses lässt sich anhand konkreter
Themenfelder belegen. Ob Corona-Po-
litik (Masken- und Impfstoffdebatte,
Labortheorie, Lockdown-Kritik), Uk-
raine-Krieg, Völkermord in Gaza oder
Klimapolitik: Nicht staatskonforme
Positionen werden dabei gerne als „ver-
schwörungstheoretisch“ stigmatisiert.
Jede von der vorgegebenen geopoliti-
schen Interessenlage abweichende Dar-
stellung wird als Bedrohung oder gar
ausländische Einflussnahme eingestuft
und aktiv delegitimiert.

Die Rolle der Geheimdienste als
Taktgeber

Nachrichtendienste und militärische
Strategieeinheiten – in Deutschland
etwa der BND, der Verfassungsschutz
oder die in Bundeswehr und NATO
angesiedelten Einheiten für „Strategi-
sche Kommunikation“ – fungieren

dabei als unsichtbare Taktgeber. Sie
liefern die sicherheitspolitischen Be-
drohungsszenarien („Putins Propa-
gandakrieg“, „Delegitimierung des
Staates“ usw.), aufgrund derer „zivile“
NGOs und Faktencheck-Portale aktiv
werden.

Konkret funktioniert das so: Ein
Geheimdienst stuft eine investigative
Recherche, eine Friedensdemonstra-
tion oder einen Experten als Teil einer
„feindlichen Einflussoperation“ ein.
Diese geheimdienstliche Analyse – die
weder öffentlich belegbar noch justizi-
abel ist – wird dann an die genann-
ten „Trusted Flagger“-NGOs kommu-
niziert, die daraufhin mit öffentlichen
Kampagnen, Labeling als „Desinforma-
tion“ oder Löschanträgen bei Plattfor-
men reagieren. Der Staat kann so die
Meinungsbildung steuern, ohne selbst
als Zensor aufzutreten.

Wie die „Forschung“ auf Linie
gebracht wird

Direkte Geldflüsse von Verteidigungs-
ministerien und Geheimdienstbudgets
in zivile Forschungsprojekte zur Er-
kennung und Bekämpfung von „Des-
information“ sind belegbar. Universi-
tätsinstitute und NGOs, die nach außen
hin unabhängige Forschung zu Hass-
rede und Verschwörungstheorien be-
treiben, sind praktisch weisungsgebun-
dene Auftragnehmer des Sicherheits-
apparates. Ihre Aufgabe ist es, die von
den Diensten definierte Bedrohungs-
lage mit dem Anstrich wissenschaftli-
cher Objektivität zu versehen und die
Repression salonfähig zu machen.

Impressum

Herausgeber: „Basisdemokratische Partei
Deutschland in Bayern e.V.“,
kurz „dieBasis LV Bayern“
Schellingstraße 109a, 80798 München
Sitz: München, Reg.-Nr.: 208976
Vorstand: Clemens Sandmeier

<https://dieBasis-Bayern.de>
kontakt@dieBasis-Bayern.de

Spendenkonto
LV Bayern Basisdemokratische Partei
Deutschland in Bayern e.V.
Sparkasse Aichach-Schrobenhausen
IBAN: DE95 7205 1210 0006 3365 31
BIC: BYLADEMI33

Redaktion (V.i.S.d.P.):
Peggy Galić, Andi Kahnt
Lesezeichen@dieBasis-Bayern.de

Aufgeführte Links waren zum Redaktions-
schluss verfügbar.

Die Nutzung unserer Inhalte (Texte, Fotos,
Grafiken etc.), insbesondere die Vervielfälti-
gung, Verbreitung oder öffentliche Zugäng-
lichmachung, ist grundsätzlich nur mit vor-
heriger schriftlicher Zustimmung erlaubt,
sofern sich aus dem UrhG nichts anderes er-
gibt. Für den Erwerb einer Nutzungserlau-
bis wenden Sie sich bitte an die Redaktion.

LESEZEICHEN erscheint vierteljährlich.

Pressekodex – was ist das und was gilt der noch?

VON ANDI KAHNT
Redaktion LESEZEICHEN

Der Pressekodex heißt offiziell Publizistische Grundsätze.¹ Er wurde vom Deutschen Presserat gemeinsam mit den Presseverbänden beschlossen und 1973 dem damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann überreicht. Es war von Anfang an eine freiwillige berufsethische Selbstverpflichtung.

Haben Sie es gelesen? Ein hehres Papier, ich bin beeindruckt. Und wenn ich mich beispielhaft auf dem Markt der gedruckten oder online lesbaren Medien umsehe, dann muss ich schon genau hinsehen, um welche zu finden, die dieses Werk beachten.

Wir leben in einem kapitalistischen System. Wer zahlt, schafft an, wer zahlt, bestimmt Inhalte. Wo schlägt sich die Ziffer 2 „Sorgfalt“ im Ergebnis nieder?

Schauen wir einmal auf die großen Medien. Die finanziellen Verstrickungen werden beispielsweise durch die Organisation Swiss Policy Research in der Schweiz seit vielen Jahren erforscht. Aus guten Gründen bleiben die Fachleute ungenannt. Zu groß sind die Interessen der finanzstarken Hintermänner, denen die Transparenz im Weg steht. Doch schauen Sie sich um auf der Website (deutsch und englisch), es gibt Interessantes zu lesen. Die Studie von 2017 hat wenig von ihrer Aktualität eingebüßt: <https://swprs.org/die-propaganda-matrix/>. Es gibt ein eigenes Kapitel zu Medien in Deutschland: <https://swprs.org/netzwerk->

[medien-deutschland/](https://swprs.org/mediennutzung-tipps/) und eine Unterstützung zur professionellen Online-Mediennutzung: <https://swprs.org/mediennutzung-tipps/>.

Ist es bei „kleinen“ Medien besser? Mitnichten, wie könnte es? Aber es gibt Ausnahmen!

Was tun? Selber aktiv werden und hinterfragen. Lassen Sie sich vom Geier hier im Blatt inspirieren. Ein persönliches Beispiel: Seit ein paar Monaten überfliege ich den Newsletter von tkp.at, lasse mich von GlobalBridge.ch informieren, verfolge ein paar ausgewählte Schreiber auf Telegram und Substack, beispielsweise Norbert Häring für Bargeld und Finanzthemen, Ernst Wolff für internationale Zusammenhänge, Hermann Ploppa für geschichtliche Hintergründe, Rene Gräber für Gesundheitsthemen, und abonniere Manova, eine Themenzeitschrift zur Verbindung der Geschichte mit dem Jetzt, und das free21 Magazin mit interessanten Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen und einem interessanten Vertriebskonzept: Mit einem Abo erhalten Sie zehn Exemplare zur Verteilung. Uuuund ich lese sehr gerne das Allgäuer Magazin „Unzensiert“. <https://unzensiert-allgaeu.de/>

Unterstützen Sie aktiv und moneitär die Leute und Organisationen, deren Nachrichten Sie lesen, so halten Sie Ihre Informationsquellen am Sprudeln.

1 <https://www.presserat.de/pressekodex.html>



<https://swprs.org/die-propaganda-matrix/>



<https://swprs.org/netzwerk-medien-deutschland/>



<https://swprs.org/mediennutzung-tipps/>

Pressefreiheit braucht Resonanz

EIN KOMMENTAR
VON HERBERT MAYER

Michael Meyen schreibt in seinem Beitrag auf Seite 2 über den Rückgang der Abonnenten bei den Mainstream-Medien. Hätten die Verbraucher die Wahl, würden auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten große finanzielle Probleme bekommen. Doch was heißt das? Eine Firma, die massiv Kunden verliert, müsste sich fragen, was an ihrem Produkt nicht stimmt. Oder: Was macht die Konkurrenz besser?

Stattdessen orientieren sich die Medien dahin, wo ihnen finanzielle Sicherheit geboten wird – zum Staat – oder sie gehören selbst zum Kreis der Finanzunabhängigen, die die öffentliche Meinung in ihrem Sinne beeinflussen können. Aber war das nicht schon immer

so? Dem Konsumenten wurde zu allen Zeiten nur das präsentiert, was er lesen soll und was Gewinne verspricht. Lügen durch Weglassen. Lückenpresse trifft es gut.

Wann haben wir Pressefreiheit? Wir haben sie immer nur dann, wenn die journalistische Arbeit nicht-systemrelevante Bereiche betrifft. Nehmen wir die Russland- oder Israelberichterstattung als drastische Gegenbeispiele. Wer sich hier weigert, der „Staatsräson“ zu folgen, landet auf der Sanktionsliste. Die Konsequenz: Angestellte Journalisten und erst recht freie Mitarbeiter müssen sich entscheiden: Job oder Hopp.

Doch wen wir in die Pflicht nehmen sollten, sind die Medienkonsumenten, also uns, letztlich mich als Leser oder Fernsehzuschauer. Wird



AUS DEM

LANDESVERBAND

Freie Medien zwischen

Verantwortung und Demokratie

VON CLEMENS SANDMEIER

Pressefreiheit ist ein Grundrecht und eine der Voraussetzungen für Freiheit und Selbstbestimmung aller Bürger. Freie Medien gehören zu den Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft. Sie informieren die Bürger, schaffen Öffentlichkeit und ermöglichen den Austausch unterschiedlicher Meinungen. Demokratie lebt davon, dass Menschen sich auf der Grundlage vielfältiger Informationen ein eigenes Urteil bilden können.

Freie, verantwortungsvolle Medien schaffen den Raum hierfür, indem sie unterschiedliche Informationen und Argumente öffentlich sichtbar machen. Denn nur so ermöglichen sie einen offenen gesellschaftlichen Diskurs. Wo verschiedene Positionen zur Sprache kommen, können Bürger Zusammenhänge erkennen, Argumente prüfen und sich eine eigene Meinung bilden. Eine verlässliche Kenntnis des relevanten Geschehens entsteht durch Transparenz, Nachvollziehbarkeit und eine faire Darstellung unterschiedlicher Perspektiven. Der Pressekodex bietet mit seinen Ansprüchen an Sorgfalt und Wahrhaftigkeit einen wichtigen Orientierungsrahmen.

Aus basisdemokratischer Perspektive haben freie Medien damit eine besondere Aufgabe. Mündige Bürger benötigen unterschiedliche Informationen, um eigenverantwortlich zu entscheiden und sich an politischen Prozessen beteiligen zu können. Verantwortungsvolle Medien recherchieren Hintergründe, machen politische Entscheidungen und gesellschaftliche Entwicklungen öffentlich und konfrontieren Verantwortliche mit ihrem Handeln. So tragen sie zur demokratischen Kontrolle bei und schaffen Transparenz.

Mit der fortschreitenden Digitalisierung eröffnen sich neue Möglichkeiten. Informationen sind schneller verfügbar als je zuvor. Damit wächst aber auch die Verantwortung jedes Einzelnen, Quellen kritisch zu prüfen und unterschiedliche Standpunkte einzuordnen. Die Glaubwürdigkeit der Medien hängt daher wesentlich von ihrer Sorgfalt, Offenheit und nachvollziehbaren Berichterstattung ab.

So zeigt sich: Freie Medien sind ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Sie informieren die Bürger, ermöglichen Meinungsbildung, fördern den öffentlichen Diskurs und machen politisches Handeln sichtbar. Wo unterschiedliche Stimmen gehört werden und ein offener Diskurs möglich bleibt, können Freiheit, Selbstbestimmung und demokratische Teilhabe dauerhaft bestehen. Wo aber die Freiheit der Medien eingeschränkt wird oder Medien sich durch Selbstkontrolle einer kritischen Berichterstattung entziehen, da verliert Demokratie ein wesentliches Korrektiv – und mit ihm geht ein Stück Freiheit und Selbstbestimmung verloren.

mir ein Produkt zu schlecht, dann kann ich mich für ein anderes entscheiden, solange es alternative Angebote gibt. Wer dabei mit fliegenden Fahnen zur „sozialen“ Medien-Konkurrenz wechselt, muss wissen, dass fehlende Pressefreiheit und mangelndes Demokratieverständnis in unserem

Land auch dort oft nur durch plakative Denkmuster ersetzt werden.

Pressefreiheit ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Man braucht dazu aber immer auch mündige, selbstdenkende und kritische Bürger, die beides zu schätzen wissen, gerade in Zeiten wie diesen.

An alle Verteiler der Zeitung LESEZEICHEN,

zunächst einmal vielen Dank für eure Unterstützung und euren Einsatz bei der Verteilung unserer Zeitung.

Bitte achtet beim Einwerfen in die Briefkästen unbedingt auf die jeweiligen Hinweisaufkleber. Dabei gilt Folgendes:

- Briefkästen ohne Hinweisaufkleber:**
Hier dürft ihr die Zeitung problemlos einwerfen.
- Briefkästen mit dem Aufkleber „Keine Werbung einwerfen“:**
Auch hier dürft ihr unsere Zeitung gerne einwerfen, da es sich nicht um Werbung handelt.
- Briefkästen mit dem Aufkleber „Bitte keine Werbung und keine Zeitungen/redaktionellen Produkte einwerfen“:**
In diese Briefkästen werft die Zeitung bitte nicht ein.

Vielen Dank für eure Sorgfalt und eure Mithilfe!